Berufsverband der Deutschen Urologen e.V.

Urologe 2010 · 49:794
DOI 10.1007/s00120-010-2298-4
© Springer-Verlag 2010

Redaktion

H. Jonitz, Darmstadt

+++ URO-Telegramm +++

Nachwuchsförderung bedeutet Zukunftssicherung: Mit diesem Wissen motiviert die Deutsche Gesellschaft für Urologie e.V. (DGU) seit Jahren in einer groß angelegten Initiative junge Mediziner. Die Vergabe der Ferdinand Eisenberger-Forschungsstipendien an fünf urologische Assistenzärztinnen und -ärzte ist die jüngste Maßnahme der medizinischen Fachgesellschaft, um die Attraktivität ihrer Disziplin zu unterstreichen und dem Ärztemangel aktiv entgegenzutreten.

+++

Eine dubiose **Werbebrochure** mit dem Titel „Gesundheits-Alarm! Retten Sie Ihre Prostata“ verunsichert zunehmend Männer. Ein „Dr. Hittich“ versucht, ein Natur-Wundermittel zu vermarkten, das bei fortschreitender Prostatavergrößerung helfen soll. Die Deutsche Gesellschaft für Urologie e.V. (DGU) und der Berufsverband der Deutschen Urologen e.V. (BDU) waren vor dieser Broschüre.

+++

Jeder 500. Mann ist vom **Klinefelter-Syndrom** betroffen. Erkannt wird dies aber nur in rund 20 Prozent der Fälle. Unbehandelt drohen Kinderlosigkeit, Testosteronmangel, Erektionsstörungen, Osteoporose und Diabetes mellitus. Die DGU will daher besonders Eltern und Kinderärzte sensibilisieren, um eine Frühbehandlung der betroffenen Jungen zu ermöglichen und Spätfolgen zu lindern.

+++

Arzthonorare: „Durchschnittlich 164.000 Euro Rein-Ertrag im Jahr – davon können Berliner Vertragsärzte nur träumen“, kommentierte kürzlich Burkhard Bratzke, Vorstandsmitglied der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Berlin dubiose Zahlenangaben des GKV-Spitzenverbandes.

+++

Die **Fehlzeiten am Arbeitsplatz** infolge psychischer Störungen sind seit 2006 um fast 40 Prozent angestiegen. Dies überrascht nicht vor dem Hintergrund einer zunehmenden Arbeitsverdichtung, und der Angst vor Arbeitsplatzverlust. Überraschend ist vielmehr, dass Steuerungsversuche der Gesundheitspolitik offenbar durch die Arbeitsmarktpolitik konterkariert werden.

+++

Bundesgesundheitsminister Röslar ist dem Eindruck von Problemen bei der von ihm geplanten **Gesundheitsprämie** entgegengetreten. „Es hakt nicht, im Gegenteil“, sagte er bei einem Pressegespräch. „Der Einstieg in eine Teilprämie mit Sozialausgleich kommt.“ Er sei dabei, ein Gesamtkonzept „den Partei- und Fraktionsvorsitzenden vorzustellen. Erst dann gehe er an die Öffentlichkeit.“

+++

Eine **Neuregelung der Bedarfsplanung** ist nach Auffassung des NAV-Virchow-Bundes Baden-Württemberg kein angemessenes Mittel für den Kampf gegen den Ärztemangel. „Ärztemangel lässt sich nicht durch

Bedarfsplanung regeln, denn Ärzte lassen sich nicht einfach von A nach B verschieben“, sagte Dr. Olaf Boettcher, Vorsitzender der Landesgruppe des NAV-Virchow-Bundes.

+++

Eine **bessere Verzahnung** von stationärem und ambulantem Sektor birgt nach Auffassung von Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) weiteres Einsparpotenzial im Gesundheitssystem. „Die Grenze zwischen stationärer und ambulanter Versorgung ist noch immer zu starr. Da entstehen viele – auch finanzielle – Reibungsverluste“, sagte Rösler.

+++

Die Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg (KVBB) und die AOK Berlin-Brandenburg haben einen **Sondervertrag zur Magnetresonanztomografie (MRT)** geschlossen. Durch die Vereinbarung wollen die Vertragspartner, die auch die Arbeitsgemeinschaft Innovative Gesundheitsversorgung in Brandenburg (IGiB) bilden, mehr ambulante MRT-Untersuchungen ermöglichen.

+++

Der Verband medizinischer Fachberufe hat einen Beschluss des 113. Ärztetages gelobt, der sich für **hohe Aus- und Fortbildungsqualität** bei den Medizinischen Fachangestellten stark macht. „Der Beschluss des Ärztetages verweise einerseits auf den drohenden Fachkräftemangel und andererseits auf die noch stärkere Einbeziehung Medizinischer Fachangestellter in die medizinische Versorgung zur Entlastung der Ärzte.“

+++

Der **Einsatz für Prävention** sollte für Ärzte selbstverständlich sein, muss allerdings auch angemessen vergütet werden. Das hat die Bundesärztekammer (BÄK) anlässlich ihrer dritten Präventionstagung in Berlin gefordert.

+++

Verdi-Chef Frank Bsirske fordert eine **Ausweitung der Gewerbesteuer auf Freiberufler**, um die Kommunen vor dem finanziellen Kollaps zu bewahren. „Die Kommunen können sich nicht mehr am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen“, begründete er im Gespräch mit der WAZ-Mediengruppe seinen Vorstoß.

+++

Dokumentation der Ziffer 26315 EBM

Die neue Onkologie-Vereinbarung schließt die parallele Abrechnung der Ziff. 26315 EBM mit den Ziffern der Onkologievereinbarung aus. Dies ist aus Sicht des BDU-Präsidiums nicht akzeptabel, da es eine nicht zulässige Verknüpfung einer EBM-Leistung mit der Erstattung von Kosten aus der Onkologievereinbarung (diese ist nicht EBM-gebunden, sondern stellt einen Vertrag außerhalb des EBM dar!, d. Red.). Dies wird auch von einzelnen Kassenärztlichen Vereinigungen so gesehen.

Aus diesem Grund muss die Ziff. 26315 EBM weiterhin dokumentiert werden.

Dazu ist es notwendig, den Ziffernausschluss in der Praxis-EDV aufzuheben. Nur bei weiterhin korrekter Dokumentation der Ziff. 26315 EBM ist es möglich, ggf. den entsprechenden Nachweis bei Widerspruch gegen den Honorarbescheid zu erbringen. Sollte bei der Abrechnung das KBV-Prüfmodul bei gleichzeitiger Abrechnung der Ziff. 26315 EBM und der Ziffer aus der Onkologievereinbarung einen Fehler melden, so muss das „Fehlerprotokoll“ der Abrechnung mit entsprechendem Kommentar beigelegt werden!